



# Bericht aus Berlin

von Ingo Gädechens, MdB



Liebe Leserinnen und Leser,  
in den letzten Wochen haben sich die weltpolitischen Ereignisse überschlagen, zwei davon haben mich besonders nachdenklich gestimmt.

Der Umbruch im arabischen Raum kam für Deutschland und die Welt vollkommen unerwartet. Die junge Generation in Ägypten und Tunesien versucht ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Europa sollte diese demokratischen Bestrebungen unterstützen und mit Rat und Tat zur Seite stehen. Der Konflikt in Libyen stellt dagegen eine besondere Herausforderung für die internationale Gemeinschaft dar. Der Ausgang dieser gewaltsamen Revolution ist noch vollkommen ungewiss, zumal es allem Anschein nach um die Umverteilung von vorhandenem Vermögen geht und weniger um Menschenrechte und Demokratie. Unabhängig vom notwendigen diplomatischen Geschick muss Deutschland hier vorsichtig agieren, ohne unsere Bündnispartner vor den Kopf zu stoßen.

Besonders tief hat mich und sicherlich uns alle die dreifache Katastrophe in Japan erschüttert. Erdbeben, Tsunami und Reaktorkatastrophe haben nahezu ein Drittel des Landes verwüstet. Meine Gedanken sind bei den Japanern, die diese Katastrophe mit einer ihr eigenen Disziplin und schier unendlichen Leidensfähigkeit erdulden: Sie haben unser Mitgefühl verdient! Die Ereignisse in Fuku-

shima haben auch in Deutschland zu einer erneuten Diskussion über die Nutzung von Kernenergie geführt. Ich begrüße dies ausdrücklich, denn das Unglück verpflichtet uns zum Innehalten. Das nukleare Zeitalter scheint vorbei, auch wenn anderswo noch weitere Atomkraftwerke gebaut werden. Fakt ist aber auch, dass der Umbau der deutschen Energieversorgung hin zu den erneuerbaren Energien viel Geld und auf jeden Fall Zeit kosten wird. Daher ist in einer energieabhängigen Industrienation wie Deutschland ein sofortiger und totaler Ausstieg aus der Kernkraft unrealistisch. Ich bin mir heute sehr sicher, dass wir schon bald nach der Risikodiskussion eine Energiepreisdebatte führen werden.

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz standen im Zeichen dieser Debatte. Rot-Grün hat dabei nur einfache Antworten gegeben und mit Populismus in dieser Frage agiert. Besonders die Grünen haben den Menschen einen sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie suggeriert. Dies kann man natürlich nicht so einfach realisieren. Das böse Erwachen kommt erst noch. Rot-Grün ist nun in beiden Ländern gefordert und auch in der Pflicht, tragfähige Konzepte vorzulegen. Sie müssen beweisen, dass sie in der Lage sind, Verantwortung zu übernehmen und großen Ankündigungen Taten folgen zu lassen. Das bezweifle ich gerade

*Frohe Ostern*



bei den Grünen, die als „Dagegen-Partei“ konzeptionell wenig geleistet haben.

Der ehrliche Dialog mit den Menschen, das Erklären von politischen Entscheidungen, das vernünftige Abwägen und das Kurshalten auch bei unpopulären Fragen; das sind Merkmale, die unsere CDU immer ausgezeichnet haben. Diesen Weg müssen wir auch künftig beschreiten, wenn wir ernst genommen und als letzte Volkspartei noch größeres Vertrauen gewinnen möchten.

Ihr

*Ingo Gädechens*

Ingo Gädechens, MdB



## Hartz IV-Reform: Positive finanzielle Auswirkungen für Ostholstein

Nach langen Verhandlungen im Vermittlungsausschuss hat der Bundestag die Hartz IV-Reform beschlossen. Ziel der Reform ist es, eine Sozialpolitik zu betreiben, die denen zugutekommt, die Hilfe am dringendsten benötigen. Das ist der Koalition mit dem Bildungs- und Teilhabepaket für bedürftige Kinder auch gelungen. Kinder, deren Eltern Sozialhilfe beziehen, erhalten nun mit kostenlosen Schulmaterialien, Nachhilfe oder Mittagessen in Horten eine gezieltere Förderung. Mit der Reform sollte verhindert werden, dass erwerbstätige Familien schlechter gestellt werden als Bezieher von Hartz-IV. Deshalb hat die Bundesregierung im Vermittlungsausschuss lediglich eine maßvolle Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze zugelassen. Das von der Opposition geforderte Verteilen von Wohltaten auf Kosten künftiger Generationen wurde verhindert. Die christlich-liberale Koalition betreibt so eine verantwortungsbewusste Sozialpolitik.

## Ostholstein kämpft für den Erhalt sämtlicher Bundeswehrstandorte!

Im Zuge der Bundeswehrreform sind Standortschließungen unvermeidlich. Die Neustrukturierung könnte auch Auswirkungen auf Ostholstein haben. Auch wenn das endgültige Standortkonzept erst im Herbst vorliegen soll, kämpft Ingo Gädechens bereits jetzt für den Erhalt der Bundeswehrstandorte in seinem Wahlkreis.

So fand auf seine Initiative ein Treffen mit den Bürgermeistern der ostholsteinischen Standortkommunen sowie der Patengemeinden im Bundesministerium der Verteidigung in Berlin statt. Neben Gädechens nahmen Landrat Reinhard Sager, CDU-Kreisfraktionsvorsitzender Ulrich Rüder, die Bürgermeister Klaus-Dieter Schulz, Martin Voigt und Henning Reimann teil. Für die Patengemeinden waren die Bürgermeister Gerd Schubert, Thomas Keller, Klaus Winter und Dirk Maas mitgereist, um beim Parlamentarischen Staatssekretär Thomas Kossendey, MdB für den Erhalt ihrer Standorte zu werben. Bei dem Treffen wurde besonders die tiefe Verbundenheit der Bevölkerung, der Vereine und

Wesentlicher Bestandteil der Reform war die schrittweise Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter durch den Bund: Das führt zu einer enormen Entlastung bei den Kommunen! Bundesweit haben sich die Kosten dieser Grundsicherung seit Einführung im Jahr 2003 verdreifacht und belaufen sich nunmehr auf jährlich 3,9 Mrd. Euro – mit stark steigender Tendenz! Rot-Grün hatte die Altersgrundsicherung seinerzeit eingeführt und auf die Kommunen übertragen, ohne für die dafür notwendige Finanzierung zu sorgen. Dieser Fehler wurde nun korrigiert. Die jetzt beschlossene Entlastung ist die stärkste finanzielle Unterstützung für Kommunen, die es seit vielen Jahren gegeben hat! Eine sehr gute Nachricht ist das auch für Ostholstein, da allein im letzten Jahr mehr als 10 Mio. Euro für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ausgegeben wurden. Bis zum Jahr 2014 werden die Kosten vollständig vom Bund übernommen.

Verbände mit den Angehörigen der Bundeswehr in Ostholstein hervorgehoben.



Ingo Gädechens, MdB, Landrat Reinhard Sager und die Bürgermeister der Standort- und Patengemeinden im Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Thomas Kossendey, MdB.

Besonders durch die lebendigen Patenschaften der ostholsteinischen Gemeinden mit den Kompanien des Aufklärungsbataillons 6 „HOLSTEIN“ in Eutin wurde die enge Verbindung der Einheiten mit der Bevölkerung verdeutlicht.

## Internationales Parlaments-Stipendium 2011



Herzlich Willkommen in Berlin! David Payne aus Austin, Texas unterstützt Ingo Gädechens im Rahmen des Internationalen Parlaments-Stipendiums bei seiner politischen Arbeit. Der Wirtschaftswissenschaftler absolviert ein 5-monatiges Praktikum im Bundestagsbüro des Abgeordneten.

Auch der Marinestützpunkt in Neustadt i.H. und der Truppenübungsplatz Putlos in Oldenburg i.H. genießen großen Rückhalt in der Bevölkerung. Diese besondere Unterstützung veranschaulichten bei dem von Gädechens gehaltenen Vortrag Bilder von verschiedenen Begegnungen mit Soldaten und der Bevölkerung. Eindrücke von feierlichen Gelöbnissen auf den Marktplätzen von Eutin und Bad Schwartau, Feste und Familientage in Kirchen, bei Vereinen und Verbänden vermittelten eindrucksvoll die freundschaftliche Verbundenheit.

Ein weiterer Schwerpunkt des Gesprächs war die Nachwuchsgewinnung bei den Streitkräften, die nach der Aussetzung der Wehrpflicht eine viel wichtigere Rolle spielen wird. Aufgrund der tiefen Verankerung in der Region gibt es eine hervorragende Bewerberlage für die Bundeswehr in Ostholstein, die auch im Entscheidungsprozess Berücksichtigung finden wird.

## Konstruktiver und offener Dialog im Verkehrsministerium

Im Februar fand ein von Ingo Gädechens initiiertes Gespräch mit Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer, MdB, dem Parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann, MdB, dem Landrat Reinhard Sager sowie den Bürgermeistern der vom Ausbau der Schienenhinterlandanbindung betroffenen Kommunen statt.

Ziel des Gesprächs war es, die Verantwortlichen im Verkehrsministerium nochmals für die besonderen Interessen des Kreises Ostholstein zu sensibilisieren. Dem Minister wurden die bisherigen Ergebnisse der Betroffenheitsanalyse mit der klaren Aussage vorgetragen, dass ein Ausbau der bestehenden Bestands-trasse erhebliche negative Auswirkungen für den Kreis hätte.

Der Bundesminister hat die Ausführungen interessiert zur Kenntnis genommen

und betont, dass ihm der Dialog mit den Menschen vor Ort wichtig sei. Es geht darum, die Hinterlandanbindung mit



Ingo Gädechens, MdB mit Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer, MdB bei einer gemeinsamen Pressekonferenz im Anschluss an das Gespräch.

den Menschen vor Ort und nicht gegen sie zu gestalten. Deshalb ist er auch bereitwillig auf eine Kernforderung des Kreises eingegangen, Ostholstein noch

vor der Sommerpause zu besuchen. Für die betroffenen Menschen ist dies eine hervorragende Gelegenheit, Argumente für eine alternative sozialverträgliche Trassenführung vorzubringen.

Der Parlamentarische Staatssekretär Enak Ferlemann, MdB betonte, dass es im Interesse des Bundesverkehrsministeriums sei, die Schienenhinterlandanbindung so sozialverträglich wie möglich zu bauen. Deshalb gebe es momentan auch keine starre Kostendeckelung für die Hinterlandanbindung. Erst mit Abschluss des Genehmigungsverfahrens kann ermittelt werden, wie viel Geld für den Bau zur Verfügung gestellt werden muss. Es soll die beste und nicht die billigste Variante realisiert werden – dies war die positive Nachricht des Gesprächs!

## Kunduz-Untersuchungsausschuss endet endlich

Von Anbeginn war Ingo Gädechens im Kunduz-Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung des Bombardements der beiden Tanklastzüge in Afghanistan mit dabei. Unzählige, meistens unter „geheim“ tagende Sitzungsrunden sind nun zu Ende gegangen. Nach den Vernehmungen von Oberst Klein, dem ehemaligen Bundesverteidigungsminister Jung, dem damaligen Verteidigungsminister zu Guttenberg und vielen hochrangigen Beamten und Militärs hatte sich das mediale Interesse längst von der aktuellen Berichterstattung verabschiedet. Der eigentliche Sachverhalt war geklärt und das Disziplinarverfahren gegen Oberst Klein wurde bereits im August letzten Jahres eingestellt. Nachdem aber auf Drängen der Opposition sage und schreibe 40 Zeugen vernommen wurden, gab es nochmal einen großen Showdown mit der Vernehmung des ehemaligen Außenministers und jetzigen SPD-Oppositionsführers Frank-Walter Steinmeier und der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Angela Merkel. Wenn es nach den Mitgliedern der Regierungskoalition gegangen wäre, hätte man den überaus kostenintensiven

Ausschuss viel früher auflösen können, aber die Opposition hatte ihren Gefallen daran gefunden und bis zum Schluss gehofft, irgendwo noch politisches Kapital herauschlagen zu können. Gädechens bezeichnete dies als die so ziemlich peinlichste Erfahrung seiner bisherigen Abgeordnetentätigkeit.

Mit der Vernehmung der Bundeskanzlerin bekam die Opposition noch einmal öffentlich eine brillante Lehrstunde über gut organisierte Regierungsarbeit und vertrauensvollen Umgang mit den Verbündeten. Mit halb offenem Mund fielen der Opposition dann auch keine inhaltsreichen Fragen mehr ein und man verirrete sich immer mehr in Nebensächlichkeiten und Fragen, die mit dem eigentlichen Untersuchungsgegenstand nichts mehr zu tun hatten. Fest steht einmal mehr: Die Kanzlerin hatte jederzeit die Lage im Griff und den Deutschen Bundestag zutreffend unterrichtet. Demgegenüber wurde offenkundig, dass Steinmeier nichts unternommen hat, um sich über die damalige Lage im Kunduz weitergehend zu informieren. Dies ist umso erstaunlicher, da die Federführung für

die Auslandseinsätze der Bundeswehr dem Auswärtigen Amt zugeordnet ist.



Ingo Gädechens, MdB mit dem neuen Bundesminister der Verteidigung Thomas de Mazière, MdB.

Nun ist es höchste Zeit, dass die Arbeit im Untersuchungsausschuss mit der Erstellung eines Abschlussberichts beendet wird. Mit den vielfältigen Aufgaben im Verteidigungsausschuss, der anstehenden Bundeswehrreform inklusive der Aussetzung der Wehrpflicht sowie der einsetzenden Standortdiskussion gibt es derzeit wichtigere Themen, die abgearbeitet werden müssen.



## Wahlkreis-Telegramm

Besuch des **Kindergartens St. Martin Cleverbrück** in Bad Schwartau, der im Rahmen des Bundesprogramms „Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ mit € 25 000 jährlich bis 2014 gefördert wird.



\*\*\*

Dialog zur Hinterlandanbindung: Im **Amt Nordstormarn** tauschten sich die 12 Bürgermeister der betroffenen Kommunen mit Ingo Gädechens über die **Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbelt-Querung** aus.

\*\*\*

Auf Initiative von **Herlich Marie Todsen-Reese**, MdL besuchten Ingo Gädechens und der **Präsident der Wehrbereichsverwaltung Nord**, Peter Alexander Sauer das **Aufklärungsbataillon 6** in Eutin.

\*\*\*



Ingo Gädechens bei der Eröffnung des Schleswig-Holstein-Standes auf der **ITB** in Berlin mit **Hartmut Hamerich**, MdL und dem Landesminister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, **Jost de Jager**, MdL.



Gespräch mit dem **Unternehmensverband Ostholstein-Plön e.V.** mit Bundestagskollegen **Dr. Philipp Murmann**. Die Themen reichten von Steuerpolitik bis zur Bundeswehrreform.

\*\*\*

Gedankenaustausch in **Grömitz** zur **Festen Fehmarnbelt-Querung** mit **Christian von Boetticher**, MdL.

\*\*\*



In Malente stellte der Leiter des Jobcenters **Karsten Marzian** Ingo Gädechens und dem **Vorstand der CDU-Ostholstein** die Arbeit und die Erfolge des **neuen Jobcenters** vor.

\*\*\*

Einsatz für die Feuerwehr: **Ingo Gädechens** ist neues Mitglied im Beirat des **Deutschen Feuerwehrverbandes**.

\*\*\*

Bei einem **Politischen Gespräch am Nachmittag** stand Ingo Gädechens den Mitgliedern der **Senioren-Union Malente** Rede und Antwort.



**50 Bürgerinnen und Bürger** aus Ostholstein besuchten im März die **Bundeshauptstadt** auf Einladung von **Ingo Gädechens!**

Mit einem **Großen Zapfenstreich** im sogenannten „Bendler-Block“ in Berlin wurde der Bundesverteidigungsminister a.D. **Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg** verabschiedet. **Tief gerührt** war **Ingo Gädechens**, der vor der Zeremonie seinem Kollegen für die gute Zusammenarbeit dankte.

## Herausgeber

**Ingo Gädechens**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Wahlkreis 9 –  
Ostholstein/Nordstormarn  
[www.ingo-gaedechens.de](http://www.ingo-gaedechens.de)

**Berliner Büro:**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-71146  
Telefax: +49 30 227-76146  
[ingo.gaedechens@bundestag.de](mailto:ingo.gaedechens@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro:**  
Wolterkamp 16, 23738 Lensahn  
Telefon: +49 4363 9028 14  
Telefax: +49 4363 9102 0  
[ingo.gaedechens@wk.bundestag.de](mailto:ingo.gaedechens@wk.bundestag.de)

**Fotos:**  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Kreis Ostholstein

**Druck:**  
Simonsen-Druck  
Friedrich-August-Str. 7, 23738 Lensahn